



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
auf die Fragen vom
Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BDM e. V.
zur Europawahl 2014**

Fragen zum Thema Milchmarkt:

Der BDM setzt sich für intelligente und wirksame Mechanismen ein, um den Milchmarkt vor weiteren Krisen zu bewahren und die Stellung der Milchviehhalter in der Wertschöpfungskette insgesamt zu stärken. In der großen Sektoruntersuchung Milch (2012) des Bundeskartellamtes wurde eine deutliche Unwucht im Markt zu Ungunsten der Milcherzeuger konstatiert.

1. Unterstützen Sie die Einführung von weiteren Kriseninstrumenten (wie bspw. das Marktverantwortungsprogramm des BDM) für den Milchmarkt auf europäischer Ebene?

Antwort

Für die CDU steht fest: Der Milchmarkt braucht ein ausreichendes Sicherheitsnetz. Wir werden die heimischen Milcherzeuger bei schweren Marktstörungen nicht alleine lassen und werden für einen sachgerechten Einsatz von Kriseninstrumenten, von der Lagerhaltung bis zum Krisenfonds, sorgen.

2. Die EU-Kommission hat sich für die Einrichtung einer Monitoringstelle ausgesprochen. Sollte diese lediglich beobachten oder auch aktiv in den Markt eingreifen?

Antwort

Milcherzeuger, Molkereien und Politik sind nach Auslaufen der Milchquote im nächsten Jahr mehr denn je auf Transparenz angewiesen, um marktgerecht agieren und bei aufziehenden Krisen früh gegensteuern zu können. Die CDU befürwortet deshalb eine sowohl auf den EU-Binnenmarkt als auch international ausgerichtete Marktbeobachtung und begrüßt die im April erfolgte Einrichtung der EU-Beobachtungsstelle für den Milchmarkt. Ihr angeschlossen ist ein Expertengremium von Vertretern aus Ministerien und Verbänden, u.a. auch des European Milk-Boards. Die Beobachtungsstelle und die Experten haben die Aufgabe, Marktdaten zu liefern und zu bewerten, sind jedoch kein Entscheidungsgremium. Über die Gestaltung der Märkte müssen die Milcherzeuger und die Molkereien und über den Einsatz von Politikinstrumenten die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten entscheiden.

3. Unterstützen Sie die Forderung des BDM nach einer Stärkung der Marktstellung der Milchviehhalter gerade in Anbetracht der Konzentration auf der Molkereiseite bzw. des Entstehens von transnationalen Genossenschaften?

Antwort

Die CDU will, dass die Milcherzeuger in der Wertschöpfungskette einen fairen Anteil erhalten. Mit der Umsetzung des EU-Milchpakets (Agrarmarktstrukturgesetz) haben wir

ihre Position verbessert. Die Milchbauern können größere Mengen als früher bündeln und Branchenverbände staatlich anerkennen lassen. Wir appellieren an die Milcherzeuger, diese Möglichkeiten zu nutzen. Bei den Genossenschaftsmolkereien sind die Milchbauern als Miteigentümer gefragt, zukunftsweisende Strategien zu entwickeln, um gemeinsam auf der Erzeuger- und Verarbeitungsseite die Positionen gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel und im Auslandsgeschäft zu festigen. Von politischer Seite tragen wir mit dem Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreis zur Bildung fairer Erzeugerpreise bei.

4. Ist die Landwirtschaft ein Wirtschaftssektor wie beispielsweise die chemische Industrie, oder ist die Produktion von Lebensmitteln für Sie ein Wirtschaftssektor eigener Art?

Antwort

Die Landwirtschaft ist zusammen mit der Ernährungsindustrie ein bedeutender Wirtschaftssektor. Sie ist keine Branche wie jede andere. Die Landwirtschaft erzeugt schließlich ein besonderes Gut: unsere hochwertigen Lebensmittel. Sie pflegt und gestaltet unsere Kulturlandschaft, arbeitet mit und in der Natur und ist gesellschaftlicher und kultureller Anker im ländlichen Raum. Unsere Landwirtschaft wird im wesentlichen getragen von familiengeführten und vor Ort verankerten Betrieben. Sie bedarf guter Rahmenbedingungen, die es ihr ermöglichen, ihre Aufgaben für Gesellschaft und Umwelt zu erfüllen. Die CDU setzt deshalb auf eine verlässliche Politik mit

- Direktzahlungen und dem Sicherheitsnetz gegen Preiskrisen für unsere Milchviehhalter,
- einer wirksamen Investitionsförderung,
- der Förderung von Grünland,
- praktikablen Umwelt- und Tierschutzvorgaben,
- der politische Flankierung des Exports in kaufkräftige Märkte im Sinne eines Türöffners, der Unterstützung von Messeauftritten usw.

Zudem fördern wir im Rahmen der Energiepolitik kleine Biogasanlagen auf Güllebasis (75 KW-Stufe), die gerade für die Milchviehbetriebe interessant sind.

Fragen zum Thema **Freihandel / Gentechnik**:

Der Export von veredelten Milchprodukten ist ein wichtiger und stabilisierender Bestandteil des Milchgeldes der Bauern. Der Freihandel bietet das Potential, neue Absatzmärkte bedienen zu können. Der Schutz von europäischen Qualitäts- und Sozialstandards ist für das Leben der Menschen in der EU essentiell. Der Anbau und Verzehr von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren wird durch die eindeutige Mehrheit der europäischen Verbraucher strikt abgelehnt.

1. Wie stehen Sie zu den Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA?

Antwort

Die CDU befürwortet das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Darüber wird die größte gemeinsame Freihandelszone der Welt mit fast der Hälfte der weltweiten Wirtschaftskraft geschaffen. Handelserleichterungen und der Abbau von Regulierungshemmnissen wirken für eine Exportnation wie Deutschland wie ein Konjunkturprogramm für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze. Für uns ist dabei aber Voraussetzung, dass unsere hohen Verbraucher-, Tierschutz- und Umweltstandards berücksichtigt und gesichert sein müssen.

2. Sollten gentechnisch veränderte Lebensmittel in Europa im Allgemeinen und in Deutschland im Besonderen verkauft werden dürfen?

Antwort

Wir werden am bewährten EU-Zulassungsverfahren für Futter- und Lebensmittel festhalten. Sofern die gesundheitliche Unbedenklichkeit nachgewiesen und die entsprechende Zulassung erteilt ist, dürfen auch gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel in der EU verkauft werden. Heute werden vor allem gentechnisch gezüchtete Futtermittel, insbesondere weil wir in Europa selbst zuwenig hochwertiges Eiweiß für die Veredlungswirtschaft haben, importiert und von den Landwirten nachgefragt.

3. Falls ja, sollten diese Lebensmittel klar gekennzeichnet sein?

Antwort

Ja, wir sind für eine klare Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel. Lebensmittel, die zugelassene GVO (gentechnisch veränderte Organismen) enthalten, müssen heute schon ab einem Grenzwert von 0,9 Prozent gekennzeichnet werden. Darüber hinaus befürwortet die CDU eine verpflichtende Kennzeichnung für Produkte, die

mit gentechnischen Verfahren hergestellt wurden. Hierzu gehört auch Fleisch von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden.

4. Unterstützen Sie die Forderung des BDM, die Landwirtschaft aus den Verhandlungen auszuklammern?

Antwort

Nein, die deutsche und europäische Landwirtschaft, insbesondere unsere Milchwirtschaft, haben ein offensives Interesse an der Erschließung neuer kaufkräftiger Märkte, denn durch den demografischen Wandel stagniert die Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Vor allem wollen wir einen leichteren Marktzugang für die höherwertigen Lebensmittel auf den US-Markt erreichen, für die er heute durch hohe regulatorische Hürden verschlossen oder durch hohe Zollsätze behindert ist. Das trifft zum Beispiel für verschiedene Käsesorten und eine Vielzahl von Molkereiprodukten zu.

Fragen zum Thema **Düngeverordnung**: Seit Anbeginn der Landwirtschaft düngen die Landwirte ihre Felder mit organischem Dünger. Die zunehmende Größe der Betriebe und die gewachsene Bedeutung des Naturschutzes machten es jedoch nötig, diese Form der Düngung gesetzlich zu reglementieren. So war es den Betrieben bis zum vergangenen Jahr erlaubt, bis zu 230 Kilogramm Stickstoff aus organischem Dünger pro Hektar auszubringen.

1. Unterstützen Sie die Forderung des BDM nach einer Beibehaltung der Derogation, also der Ausbringung von bis zu 230 Kilogramm organischen Stickstoff/Hektar?

Antwort

Wir wollen die Ende 2013 ausgelaufene Derogationsregelung, d. h. die Möglichkeit, dass Landwirte von der EG-Nitratrichtlinie begründet abweichen können, schnellstmöglich wieder einführen. Die Derogationsregelung ist wichtig für die Betriebe mit intensivem Grünland. Hier stellt die höhere Stickstoffgrenze kein ökologisches Problem dar. Voraussetzung für die Wiedereinführung ist eine von der EU-Kommission anerkannte Novellierung der deutschen Düngeverordnung. Deshalb arbeiten wir intensiv daran.

2. Unterstützen Sie die BDM e.V. Forderung nach einer Flexibilisierung der Kernsperrfisten sofern die Viehhaltung angepasst ist?

Antwort

Wir müssen die Düngeverordnung in Deutschland novellieren, da die Erhebung von Nitratwerten im Grundwasser nicht überall die von der EU geforderten Verbesserungen

ausgewiesen hat. Der CDU liegt daran, dass dies so landwirtschaftsfreundlich wie möglich geschieht und den Betrieben die nötige Flexibilität erhalten bleibt. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird für die Umsetzung der von der EU-Kommission geforderten Verschärfungen bei der Düngung bis zum Sommer praxisgerechte Lösungen erarbeiten, die weiterhin eine bedarfs- und standortgerechte Düngung ermöglichen.

3. Der BDM e.V. setzt sich für eine konsequentere Beachtung des Verursacherprinzips in den bestehenden Regelungen ein, d.h. stärkere Kontrolle der Problemgebiete bzw. bessere Kontrolle der Abnahmeverträge von organischem Dünger hinsichtlich ihrer Praktikabilität. Wie positionieren Sie sich diesbezüglich?

Antwort

In veredlungsstarken sowie auch in anderen sensiblen Regionen ist ein effektives Nährstoffmanagement der Landwirtschaft notwendig, damit die Wassergrenzwerte eingehalten werden können. Dafür setzen uns für eine Beachtung des Verursacherprinzips ein, für Kontrollen und die strikte Umsetzung der 2010 verabschiedeten Verbringungsverordnung.

Fragen zum Thema EU-Allgemein: Ziel muss es sein, ein Europa in Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu schaffen. Eine übertriebene Bürokratie schadet, wenn dadurch das Leben und Handeln von Privatpersonen und Unternehmen bis ins Kleinste reglementiert werden soll. Es ist unsere Aufgabe, die EU so weiterzuentwickeln, dass sie den Menschen nützt und Europa als einen sozialen und lebenswerten Kontinent erhält.

1. Stichwort Bürokratieabbau: Sehen Sie Möglichkeiten im Bereich Landwirtschaft diesbezüglich Vereinfachungen vorzunehmen oder halten Sie den gegenwärtigen Aufwand für noch angemessen?

Antwort

Die CDU setzt sich dafür ein, dass die EU-Agrarpolitik so unbürokratisch wie möglich umgesetzt wird. Das ist angesichts der vielfältigen Vorschriften, insbesondere zum Greening, eine große Herausforderung. Die Abgeordneten von CDU und CSU im Europaparlament haben bereits gegenüber der EU-Kommission wichtige Erfolge erzielt und die Zusage erhalten, dass die Behörde die Auflagen mit so wenig Bürokratie wie möglich für Verwaltung und Landwirte umsetzt. So sollen zum Beispiel die Verfahren zur Anrechnung von Gräben und Landschaftselementen vereinfacht werden. Wichtig ist uns auch, dass die Vorschriften zum „aktiven Landwirt“ nicht zu eng ausgelegt werden und

Landwirte mit Einkommenskombination keine Probleme bekommen. Bei der nationalen Umsetzung steht für die CDU im Vordergrund, dass auf den ökologischen Vorrangflächen eine landwirtschaftliche Produktion, zum Beispiel von Eiweißfutterpflanzen, mit bedarfsgerechter Düngung und Pflanzenschutz möglich bleibt.

2. Sollte die EU weiterhin die Landwirtschaft mit Direktzahlungen unterstützen oder plädieren Sie für eine grundsätzliche Neugestaltung der EU-Agrarpolitik?

Antwort

Ziel der CDU ist es, dass die Landwirtschaft einen immer größeren Anteil ihres Einkommens über den Markt erzielen kann und eine gerechte und faire Entlohnung ihrer Leistungen für die Gesellschaft erhält. Dafür werden derzeit die Direktzahlungen noch gebraucht. Der durchschnittliche Anteil der Direktzahlungen am Einkommen der Betriebe lag im Wirtschaftsjahr 2012/2013 bei einem Drittel. Das verdeutlicht ihre Schlüsselbedeutung für viele Bauern. Sie sind auch auch für die Milcherzeuger eine wichtige Existenzgrundlage, stabilisieren ihre Einkommen und gewährleisten Sicherheit bei Preisschwankungen auf dem Milchmarkt. Deshalb war es richtig, die Direktzahlungen für die Förderperiode 2014 bis 2020 in der EU zu erhalten. Mit dem Zuschlag für die ersten 46 Hektar unterstützen wir bei der nationalen Umsetzung insbesondere auch viele kleine und mittlere Milcherzeuger.

3. Gegenwärtig hat die EU-Kommission zwei Richtlinienentwürfe zum Thema Klonen bzw. der Nutzung von Klontieren sowie der daraus entstehenden Lebensmittel veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Welche Haltung haben Sie diesbezüglich?

Antwort

Wir treten für ein Verbot des Klonens von Tieren zur Lebensmittelherstellung und für ein Importverbot von geklonten Tieren ein. Wir fordern zudem, dass Tiere und tierische Produkte, die von geklonten Tieren und deren Nachkommen abstammen, gekennzeichnet werden.